

# Danziger Zeitung.



Nr. 7703.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserl. Postamtstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 R. 15 Gr. Auswärts 1 R. 20 Gr. — Inserate, pro Seite 2 Gr., nehmen an: in Berlin: L. Albrecht, A. Retemeyer und Lub. Messe; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Hafenstein & Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daude u. die Jäger'sche Buchhandl.; in Hannover: Carl Schäfer; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandl.

1873.

## Teleg. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Bien, 15. Jan. Graf Beust hat heute ein Antwortschreiben des Herzogs von Gramont erhalten, in welchem letzterer behauptet, daß er von der durch die „Indépendance“ veröffentlichten Note Beusts vom 11. Juli keine Kenntniß gehabt habe.

London, 15. Jan. Graf Schmalloff ist gestern von der Königin in Osborne empfangen worden. Die Erklärungen Russlands sollen, den „Daily News“ zufolge, durch eine besondere Note des englischen Kabinetts noch im Laufe der Woche beantwortet werden. — Dem diesseitigen Gesandten in Athen ist gestern von der griechischen Regierung eröffnet worden, daß sie bereit sei, in der Laurionfrage sich einem Schiedsgerichte zu unterwerfen, sobald die Großmächte darüber einverstanden seien, daß diese Frage einen internationalen character habe.

Chișlehurst, 15. Jan. Die Leichenfeierlichkeiten begannen heute Vormittag um 11 Uhr, um welche Zeit der Leichenzug das Sterbehaus verließ. Gegen 11½ Uhr kam derselbe bei der St. Marienkirche an. Die Haltung der Büchauer, deren Anzahl auf etwa 12,000 geschätzt wird, war durchaus ruhig und angemessen; es haben keinerlei Kundgebungen stattgefunden. — Die Königin ließ sich bei der Leichenfeierlichkeit durch Viscount Sidney vertreten. Gestern hatten gegen 28,000 Personen zur Paradeaussstellung des verstorbenen Kaisers sich hier eingefunden. — Cardinal Bonaparte ist nicht hier anwesend.

Paris, 15. Jan. Die Verlesung des von der Dreikönig-Commission der Nationalversammlung zu erstattenden Berichtes, über welchen mit Thiers ein Einverständnis erzielt sein soll, dürfte am nächsten Freitag stattfinden. — Auf die Drei-Milliarden-Anleihe sind bis jetzt 2200 Millionen Fr. eingezahlt worden. — Die Nachricht von der bevorstehenden Reise des Präfekten nach Calais bedarf noch der Bestätigung.

Brüssel, 15. Jan. In der Repräsentantenkammer erklärte der Finanzminister Malou in Bezug auf die verweigerten Genehmigung zur Cessation der Luxemburger Eisenbahn, daß er die in Aussicht gestellten Aufklärungen noch hinausschieben müsse, da die Angelegenheit durch die Bevorreitung der Cessation-Genehmigung noch nicht beendet sei; Anfang Februar werde er in der Lage sein, bestimmte Aufklärungen zu geben.

Danzig, den 16. Januar.

Heute beginnt die Debatte über die kirchlichen Gesetze im Abgeordnetenhaus. Die Generaldebatte soll für die drei Vorlagen gemeinsam sein; dieselben werden alsdann, wie man glaubt, einer Commission zugefügt, die ihren Bericht nach einer Woche erstatten wird. Die Annahme der Entwürfe im Abgeordnetenhaus mit großer Majorität unterliegt keinem Zweifel. Nur eine ohnmächtige feudal-ultramontane Coalition wird dagegen sein. Was das Herrenhaus angeht, so will man als selbstverständlich annehmen, daß Fürst Bismarck die Gesetze, die unter seinen Anspicen entstanden sind, in seiner Eigenschaft zugleich als Mitglied des Staats-Ministeriums und des Herrenhauses vertheidigen wird. Sonst würden sie dort vielleicht Gefahr laufen, und es kann natürlich nicht genügen, daß Gesetzentwürfe eingebracht werden, wenn sie nicht durchdringen und nicht mit der notwendigen Energie ausgeführt werden. Unter den Conservativen haben die Vorlagen eine neue Spaltung hervorgerufen, ein Theil der äußersten Rechten will dieselben verwerfen, Denzin mit seinen näheren Freunden wird für die Gesetze stimmen. Die Linke wird selbst in ihren vorge schrittenen Schätzungen

sich bei Annahme der allerdings für sich allein nicht genügenden Gesetze von der Erwägung leiten lassen, daß sie nur der Anfang einer Reihe weiterer reformatorischer Gesetze seien, als deren erste Folge zunächst die obligatorische Civilie zu erwarten ist. Bedenklich in hohem Grade bleibt es immer, daß namentlich durch die beiden Gesetze über Bildung und Anstellung der Geistlichen und über die kirchliche Disciplinargewalt, der Staat eine bis jetzt unerhörte Gewalt über den Clerus auszuüben im Stande ist, also aber auch die Staatsgewalt in Seiten orthodox-kirchlicher Reaction neue Kräfte in dem von ihr abhängig gemachten Clerus in Bewegung setzen kann. Und da die Ausübung der staatlichen Rechte in die Hand der Oberpräsidenten, also von der Regierung abhängiger Beamten, gelegt ist, so ist es den letzteren lediglich anheimgegeben, ob und inwieweit sie von den neuen gesetzlichen Befugnissen überhaupt Gebrauch machen wollen. Es ist bedauernlich, daß sich die weiteren gesetzgeberischen Absichten der Regierung auch noch nicht annähernd übersehen lassen, zumal die Stimmung rücksichtlich der kirchlichen Reform an entscheidender Stelle von Einflüssen mannigfacher Art abhängig sein soll.

Die Stellung des Handelsministers in der vorgebrachten Eisenbahndebatte, seine Haltung den Angriffen Laslers gegenüber, muß jedem, dem die Traditionen preußischer Beamtenthumus noch gegenwärtig sind, gradezu unerhört erscheinen und die feste Hoffnung in allen politischen Kreisen erwecken, daß Ihering seinem Freunde Selchow bald folgen werde. Selbst die so gemäßigte, loyale „Spener'sche“ bemerkte dabei: „Wir fragen jeden unbefangenen Mann, wir fragen die Staatsregierung, wir fragen das gesamte preußische Beamtenthum, dessen edelstes Bestissum seine Integrität ist, ob auf solche Anklagen solche Rechtfertigung genügt? Wir, die wir als nationale Partei gerade heute das Recht und die Macht des Staates gegenüber all den Elementen vertreten, die ihn unterdrücken wollen, uns ist der Boden unter den Füßen weggenommen, wenn Anklagen, wie wir sie so eben registriert haben, gegründet auf Namen und Thatachen, nicht Punkt für Punkt unter genauer Beziehung auf diese Namen und Thatachen widerlegt werden. Wir erwarten diese Widerlegung, die gestern nicht erfolgt ist, nachträglich auf das bestimmteste und wir sind der Ansicht, daß dies nicht bloß eine Angelegenheit eines einzelnen Ministers, sondern des gesamten Staatsministeriums ist.“ Herr von Ihering hat zunächst über die Erwartungen des Berliner Diaries nicht erfüllt, auch jetzt wieder sich den Rücken mit der fadenscheinigen Bemerkung zu decken gesucht, daß die hohen einflussreichen Herren als Mitglieder von Comités jene unglaublichen Begünstigungen erhalten hätten. Von dem Verlauf so erworbener Concessions an andere Unternehmer erklärt der Minister nichts zu wissen. Auf diese Art kann und darf es aber in Preußen nicht vorliegen, solchen Reden gegenüber zu erweist sich selbst die Bonhomie und das gemütliche Geplauder des Grafen Ihering nicht stark genug, um das Volk zu beruhigen.

Gramont schwieg nicht, er macht dem armen gebeuteten Beust täglich neue Kopfschmerzen. Die Spener'sche lädt sich privat von einem weitern Brief des napoleonischen Herzogs depechieren, der die österreichische Diplomatie direct anläßt. Metternich soll die ablehnende Depesche Beusts, aus welcher dieser in der „Indépendance“ keine Unschuld bewiesen, gar nicht abgegeben haben. Entweder hat ihm Beust dazu Ordre gegeben lassen, diese Depesche also nur zum Zwecke eines Abolatenkniffs geschrieben, um sich durch sie hinterdrein Deutschland gegenüber rechtfertigen zu können, oder Metternich hat jenes

Actenstück aus eigener Entschließung unterschlagen um seinen kaiserlichen Freund in den Tuilerien durch diese zägernde, unbestimme Haltung Österreichs nicht zu verstummen. Da die schwarze Wäsche nun einmal aus allen Fächern hervorgekammt wird, packt sicherlich Metternich nächstens auch die seine aus. Gebräumarkt bleibt Beust immer, denn das Bruchstück des Privatbriefs an Metternich vom 20. Juli, in dem er Frankreich verspricht, seine Sache zu der Österreichs zu machen, hat der deutsche Diplomat noch immer nicht als falsch bezeichnet.

Die französische Verfassungsangelegenheit scheint in Fluss zu kommen. Wenigstens tritt die Commission mit ihren Projecten, Thiers mit seinen Erwidernungen und Gegenplänen hervor. Da sieht man denn, daß die Differenzen zwischen beiden, trotz des entgegenkommenden herzlichen Tons, noch immer recht große sind. Thiers will sich nicht beschränken lassen in seiner eigentlich combinierten Stellung als Chef des Staates und als erster parlamentarischer Minister, er würde untergehen, wenn er nicht mehr nach Gefallen zur Repräsentanz, zum Volle, zu Europa reisen könnte. In vielen Dingen wird ihm die Rechte wohl nachgeben müssen, wenn sie ferner am Ruder bleiben will. So ganz von der Bühne verschwunden sind übrigens die Bonapartisten durch den Tod des Kaisers auch nicht, wie die Regierungspresse im ersten Moment meinte. Ein den Napoleoniden günstiges Geschick wollte, daß gerade in dem Moment, wo sie eine Stütze brauchen, Thiers scheinbar im Einverständniß mit der Rechten dem Papst einen Theil seines Schutzes zu entziehen sucht, um sich dem nationalen Königreiche zu nähern. Da macht die ultramontane Presse sofort gemeinsame Sache mit dem Bonapartismus. „Univers“ veröffentlicht ein Gespräch mit Napoleon, in dem dieser sich für einen treuen Anhänger des Unfehlbarkeits-Dogmas erklärt, den Gallicanismus verbietet, den Syllabus preist und für die weltliche Herrschaft des Papstes sich begeistert. Diese Karte, ein Bündnis des Vatican mit Chișlehurst, wird gegen Thiers ausgespielt in dem Momente, als er die Instructionen für Corcelles unterschreibt. Dazu sollen die bigotte Eugenie, der Cardinal Bonaparte und Rouher die Regentschaft für Napoleon IV. bilden. Das Alles beweist, daß sich die Clericalen mit einem ultramontanen Empire wohl vertragen würden. Der Graf von Chambord wird wohl niemals Gelegenheit haben, den Kreuzzug gegen Italien zu unternehmen; die Oranzen dürfen, wenn sie zur Macht gelangen sollten, hiezu ebenso wenig ausgelegt sein, als die Republik. Ist es da nicht ganz natürlich, daß die Hoffnungen der Romantlinge sich einem schwäbischen, von einer bigotten Frau und einem geriebenen Priester geleiteten Knaben zuwenden?

Spanien sowohl wie Amerika versuchen auf einmal die Existenz der Depesche von Fish sowie die von Gorilla ertheilte entgegenkommende Antwort abzuleuzen. Keins der beiden Cabinette will von einem derartigen Actenstück etwas wissen. Da aber nachgewiesen wird, daß der Brief von Fish sich unter der dem Congrèss vorgelegten diplomatischen Correspondenz befindet, so gewinnt die Vermuthung der „N. A. Z.“ an Wahrscheinlichkeit, daß man beiderseits aus Opportunitätsgründen sich über Verleugnung jenes Schriftwechsels geeinigt haben werde.

## Deutschland.

△ Berlin, 15. Januar. Das Abgeordnetenhaus geht langen und heftigen Debatten entgegen, welche sic zunächst morgen bereits an die Vorfrage anknüpfen werden, ob die Verfassung ohne besonderes Gesetz abgedämpft werden könne. Hierüber gehen zur Zeit die Meinungen unter den Ab-

seinen Herz sich abwandte, die ihm nicht trauten und ihn selbstverständlich vertrieben. Der alte Carbonaro mußte bei den Resten des Kirchenstaates Wache stehen. Der freistunteste und verständigste Volkswirth, der gerechteste und gründlichste Kenner und Beurtheiter deutscher Dinge, der in Frankreich seine Stimme erhoben, ließ sich durch kindliche Pressthromen und fanatische Priester und Weiber in den hoffnungslosen Kampf gegen die aufstrebende Zukunftsmacht Preußens treiben. So wurde sein legtes Jahrzehnt eine Geschichte der veräusserlichen Gelegenheiten, wurde seinem Ende keine der Bitterkeiten erspart, mit denen das Schicksal die mit sich selbst entzweite Halbheit heimsuchten pflegt. Seine Einsicht lähmte seine Kraft, seine Tugenden waren seine Strafe und diese Strafe vollzog sich grausam, unerbittlich. Er hat furchtbar gelitten; nur die vollendet Gefühlslosigkeit könnte Angesichts dieser Tragödie den Ton des Hohns und der schadenrohen Verurtheilung finden.

Als Prinz Louis Bonaparte im Sommer 1848 (damals 40 Jahre alt) sich um die Präsidentenwürde der Februarrepublik bewarb, war er für das nicht-französische Publikum, besonders aber für das deutsche, kaum mehr als eine komische Person. Seit dem Staatsstreich des 2. Dezember 1851 hat er für viele unter uns so zu sagen „den Blutgeruch“ nicht wieder los werden können. Man hat seine Erfolge anerkannt, sich der Wunder seines materiellen Schaffens gefreut, mit seinem nationalen Bestrebungen zum Theil sympathisiert. Aber auch nur einen Schatten von wirklicher Popularität hat der ehrbare Usurpator bei uns niemals erlangt, während doch England ihm geradezu entgegen jubelte und Amerika sich nicht lange bedachte, mit ihm gute Freundschaft zu schließen. Wir wollen uns darauf nicht allzuviel einbillen, denn die Erinnerung an Jena, Leipzig und Waterloo und das Vorgefühl des neuen Kampfes um das linke Rheinufer hatte einen

geordneten sehr auseinander. Schon aus diesem Grunde neigen sich die Ansichten vielfach der Überweisung der Vorlagen des Cultusministers an eine Commission zu, welche denn auch höchstwahrscheinlich morgen beschlossen werden wird. Die verbreite Ansicht, als ob die Fortschrittspartei in ihrer Stellung gegenüber den kirchenrechtlichen Vorlagen gespalten sei, weil eines ihrer Protagonisten die Entwürfe entschieden belämpft, trifft nicht zu und es ist, wenn auch mit einer Modifikation, die Annahme der Entwürfe im Abgeordnetenhaus gestellt. Dagegen ist man nicht ohne Bedenken über ihr schließliches Schicksal im Herrenhause, wo sich bereits vielfach und lebhafter Widerspruch vorbereitet. — In der nächsten Woche wird die Regierung dem Landtage ein Gesetz wegen Bewilligung außerordentlicher Mittel zur Abhilfe des durch Sturmflut an der preußischen Ostsee hergerufenen Notstandes vorlegen. Wie man hört, wird sich die Suizine, welche die Regierung verlangt, auf 3 bis 4 Millionen Thlr. belaufen. — Nach der ersten Lesung der kirchenrechtlichen Gesetze wird sich das Abgeordnetenhaus vorzugsweise der Erledigung des Staatshaushaltsetats und des Steuergesetzes zuwenden. In Bezug auf das Letztere darf man als sicher ansehen, daß eine Verständigung im Sinne der Majorität des Abgeordnetenhauses zu Stande kommt. — Seitens der Ministerial-Bau-Kommission sind an die städtischen Behörden von Berlin Anfragen dahin gerichtet worden, ob sie sich damit einverstanden erklären, den Dönhofplatz nach Aufstellung eines Denkmals des Ministers von Stein mit Gartenanlagen zu versehen und diesen die nötigen Wasserleitungen etc. zuzuführen. Der Magistrat ist bereit, darauf einzugehen, namentlich wenn durch Errichtung von Markthallen der Dönhofplatz frei wird und mit der Maßgabe, daß Anlagen und Pflege der Pflanzungen in eine Hand, nämlich in die der Stadt gelegt werden.

— Der Kronprinz und die Kronprinzessin besuchten am Sonnabend zum ersten Male während ihres Aufenthaltes in Wiesbaden das Theater. Es wurde Goethes „Clavigo“ gegeben.

\* Die „Frankfurter Zeitung“ macht mit Recht darauf aufmerksam, daß der von einem telegraphischen Correspondenzbureau veröffentlichte Wortlaut der Beileidsbekundung Kaiser Wilhelms unmöglich correct sein könnte. Denn nach demselben sollte der Kaiser telegraphiert haben: „Ich nehme Theil an dem Tode Kaiser Napoleons.“

— Die Frage, ob für den ehemaligen Kaiser Napoleon Hofstrauer angelegt werden soll, ist auch in Berlin zur Erörterung gekommen. Wie die Offizielle des literarischen Bureau's schreiben, hält das auswärtige Amt sich unter Berufung auf die bei dem Tode Louis Philippe's erfolgte Praxis befriedigt über diese Frage des Hofceremoniels ausgesprochen. Von anderer Seite wäre auf die Volksstimme Gewicht gelegt worden, welche der Anfrage einer Hofstrauer entschieden antipathisch gegenüberstehen würde; indeß erwarte man, daß die Auffassung des auswärtigen Amtes den Auschlag geben werde. Der königlich bayerische Hof soll sich, wie der „Märkische Correspondent“ meldet, wegen Anordnung einer Hofstrauer für den verstorbenen Kaiser bei den Höfen in Berlin und Wien Auskunft erbeten haben.

— Der ultramontanen „Schlesische Volkszeitung“ wird aus Berlin geschrieben: „Mit den rheumatischen Leidern, welche der Fürst Bismarck kurz vor seiner Abreise acht Tage lang ans Zimmer gefesselt haben, wird es wohl nicht so weit hergewesen sein, daß er sonst doch gewiß Anstand genommen haben würde, sich jetzt schon wieder den Vergnügungen der Jagd zu ergeben. Uebrigens ist es ganz begreiflich, wogegen

guten Anteil an unserer Moralität. Der neue Napoleon konnte für alle Welt ein guter Nachbar und Verbündeter sein; nur unsere Interessen waren von denen seines Hauses und Namens durch eine unangefüllbare Kluft getrennt. Instinctiv fühlen wir, daß ein mit napoleonischer Hilfe vergrößertes oder gar an die Spitze Deutschlands gestelltes Preußen in seiner Schande erstickt würde, und eben so klar lag es zu Tage, daß wir in ehrenvoller und unabkömmlicher Durchführung unseres Berufs den Erben der napoleonischen Legende früher oder später auf unserem Wege finden müßten. Aber auch abgesehen von diesen Erwägungen des Interesses und der Wehrhaftigkeit: Weniger als irgendein anderes Volk hatten wir das Verständnis und einen billigen Maßstab für die wunderlichen Antecedenten des abenteuernden Prinzen. Der Carbonaro, der mit Demagogien aus allerlei Volk gegen den Papst und gegen Österreich intrigirte, möchte noch hingehen. Aber schon zur Dentung des Strasburger Attentats (1856) fehlte der Schlüssel und vollends schlug die Hanwurstlaide von Boulogne dem Faß den Boden aus. Schon diese „Frivolität der Selbstsucht“, die sich nicht bedachte, um der Befriedigung persönlicher Gelüste willen“ die Schrecken des Bürgerkrieges zu entseilen, widerstrebt dem deutschen Empfinden. Vollig unmöglich aber wurde der Mann für unser Gefühl durch den theatralischen Apparat seines Auftrittens. Der graue Oberroß, der kleine dreieckige Hut, nun gar der abgerichtete Adler, diese ganze Cäcilien-Maskerade bezeichnete uns den Mann ein für allemal als einen geschmacklosen Schwachkopf. Wir machen aber mit unserem Maßstab, mit unserm nationalen Abscheu vor dem Komödiendienst, vor der höhnen Form; und da der augenbläßliche Oberroß uns Recht gab, hatten wir keine Ahnung davon, daß dieser Witwerfolg zum allergrößten Theile ein zufälliger war, und daß der lächerliche Contrast zwischen Wollen und Können für uns ganz anders hervortrat, als für das Volk, auf

Quand le second Empire en Lutèce adviendra,  
(Ceci n'est pas, las! une facétie!)  
Dix huit ans, moins un quart, pas plus il ne vivra!

Ainsi le dit dans son grimoire  
En termes clairs, le grand Nostradamus!

Wenn in Paris das zweite Kaiserreich sich erhebt, (leider ist das kein Scherz!), so wird es achtzehn Jahre weniger ein Viertel leben, nicht länger! so sagt's in klaren Worten der große Nostradamus in seinem Buche. "Vom 2. December 1852 (Proclamation des Kaiserthums) bis zum 2. September 1870 (Capitulation von Sedan) sind es genau siebzehn und drei Viertel Jahre, und wollte man 1870 wissen, daß die Annäherung dieses Termins an der wahrscheinlich überstürzten Kriegserklärung ihren Anteil habe. Nach der classischen Vorschrift der Schicksalstragödie sei der Kaiser dem Verhängniß in den Rachen gelaufen in dem krankhaften Versuch, ihm, den Sternen zum Trost, zu entgehen. Wir wissen nicht, was an der Geschichte vor, was nach dem Ereigniß entstanden ist. Jedenfalls ist sie, wenn nicht wahr, so doch trefflich erfunden. Der Schicksalsgläubige der Napoleoniden ist weltbekannt: und wahrlich, wenn menschliche Schwäche und Eitelkeit jemals durch wunderbare Verkettenungen der Dinge in Versuchung geführt worden ist, so ist das diesem Geschlecht begegnet. Als der Begründer ihrer Größe den verhängnißvollen Entschluß fasste, die gährende, glühende Masse des französischen Volkes in der Gußform seines Herrschergedankens zum Erstarren zu bringen, zur Befriedigung persönlichen Ehregeizes gerade die geistestümlichen Elemente der ungeheuren Bewegung auszunehmen und groß zu ziehen, da weinte er sich und sein Geschlecht den dunkeln Gewalten. Was diese geben können, hat er, hat sein Nachfolger reich-

er das Bedürfnis nach Berstreuung empfand, da er hier in letzterer Zeit wieder manchen Verdruss hatte und die Berliner Lust ihm mitunter sehr schwül wurde. Eine höchst fatale Affaire, in der er jetzt sogar öffentlich mit einer seine Namensunterschrift tragenden Erklärung aufgetreten ist, bildet die Anklageschrift, welche er vor einigen Wochen gegen einen zum „Allerhöchsten Hofe in näherer Beziehung stehenden Kammerherrn“ beim König eingereicht hat. Die Geschichte macht in den Hof- und diplomatischen Kreisen ein ganz ungewöhnliches Aufsehen, zumal man sich erzählt, daß die Spize jener Denunciation gegen Personen gerichtet sei, welche hoch über dem Beschuldigten stehen. Um so mehr wundert man sich, daß die Anklage so äußerst schlecht begründet ist. Der Angegriffene, welcher kein anderer ist, als der frühere diensttuende Kammerherr des Prinzen zessin Karl, Graf Hans Schaffgotsch, wird sich natürlich bei der Ergebnislosigkeit der wider ihn eingeleiteten Untersuchung nicht beruhigen, sondern volle Genugthuung wegen der ihm widerfahrenen Kränkung fordern. (1) Es ist dies sich selbst, seiner Stellung, seinem ganzen Stande und dem Hofe schuldig.“ (1)

Der Cultusminister Dr. Fall hat bei der Erstwähler zum Reichstage, die für den verstorbenen Grafen zu Dohna am 9. d. M. in dem Wahlkreise Elben-Bunzlau stattfand, von 5529 abgegebenen gültigen Stimmen 5161 erhalten. Dr. Fall hat die Wahl angenommen.

Über die Landtags-Aussichten schreibt die „Prov.-Corresp.“: „Die Sesslon des Landtags wird jedenfalls eine weit längere Zeit beanspruchen, als von vornherein in Aussicht genommen war. Die Berathung des Staatshaushalts und der mit demselben im Zusammenhange stehenden Finanzgesetze über die Veränderungen der Klassensteuer, über die Gewährung von Provinzialfonds, über die Bewilligung von Wohnungsgeldern-Büßgüssen etc.) wird zunächst im Abgeordnetenhaus noch mehrere Wochen erforderlich, und die endgültige Feststellung des Staatshaushalts kann im Herrenhause erst nach gleichmäßiger Genehmigung der erwähnten Finanzgesetze erfolgen. Die Berathung der Vorlagen über die kirchlichen Angelegenheiten wird an und für sich mit Bezug auf die Wichtigkeit und Schwierigkeit der betreffenden Fragen eine längere Zeit in Anspruch nehmen, so weit aber dabei Verfassungsänderungen in Aussicht genommen sind, wird überdies in jedem der beiden Häuser eine zweifache Berathung mit einem Zwischenraum von 21 Tagen stattfinden müssen. Die Sesslon des Landtags wird daher, auch bei allseitiger bereitwilliger Förderung der unerlässlichen Aufgaben, jedenfalls weit in die Zeit hineinreichen, welche für die demnächstige Sesslon des Reichstages in Aussicht genommen war.“

In Kreisen, welche zu dem außwärtigen Amte in Beziehung stehen, wird behauptet, eine Anregung zu den gegen die Presse wegen Abrucks der Allocution eingeleiteten Schriften sei von der Wilhelmsstraße nur in so fern ausgegangen, als man hier eine gerichtliche Entscheidung über die Straftäglichkeit des Inhalts der Allocution zu erwarten wünsche. Dagegen hätte sich die Anregung mehr auf die Verwarnungen zur Verhinderung der Publication noch auf die Beschlagnahme bezogen.

Kassel, 11. Jan. Wie man der „Voss. Blg.“ mitteilt, soll zwischen dem General v. Bardeleben und dem Präsidenten v. Hardenberg ein Pistolenduell ohne blutigen Ausgang stattgefunden haben. Secundant des letzteren soll Oberpräsident v. Boden schwang gewesen sein.

Mühlheim a. R., 16. Januar. Bei der heutigen Erstwähler zum preußischen Abgeordnetenhaus wurde der Kandidat der Ultramontanen, Appellationsgerichtspräsident v. Gerlach mit 242 Stimmen zum Abgeordneten gewählt; der Gegenkandidat Lucas erhielt 174 Stimmen. (W. T.)

#### Schweiz.

Bern, 15. Jan. Die Regierung des Kantons Wallis hat eine Anfrage des schweizerischen Bundesrats in Betreff der projectirten Errichtung einer zweiten Spielbank in Massongez dahin beantwortet, sie habe schon mehrmals Gesuche bezüglich der Errichtung von Spielbanken abgewiesen; für Errichtung einer solchen in Massongez sei jedoch ein Gesuch gar nicht eingereicht worden. (W. T.)

#### Frankreich.

Paris, 13. Januar. Der oberste Unterrichtsrath, über dessen Organisation die Nationalversammlung berath, geht aus der Discussion in der Mischung hervor, welche der Herzog von Broglie vorgezeichnet hat. Achilles Delorme beantragte ein Amendement, wonach zwei Räthe errichtet werden

sollen, der obere Unterrichtsrath und der öffentliche Unterrichtsrath, letzterer ein offizieller Aufsichtsrath für die Staatschulen. Delorme wollte die Vertretungen der verschiedenen Unterrichtsräthe (kirchlicher, militärischer, administrativer, wissenschaftlicher, industrieller, juristischer) streichen und die Wahl dem Präsidenten der Republik, die Enberfung dem Unterrichtsminister anheimgeben. Das ist nun freilich auch ein nicht allzu republikanisches System, der einzigen Person des Präsidenten gleichsam die Herrschaft über den ganzen Unterricht zu überliefern. Delorme's Antrag wurde abgelehnt. Delorme hatte sich auf Montalembert berufen, der einmal sagte, es sei für die Kirche selbst nicht von Vortheil, die Minorität in einem Rathe zu haben, der über die öffentlichen Schulen walte. Die Kirche, entgegnete Broglie mit verschämtem Lächeln, habe seither eingesehen, daß es für sie nicht so gefährlich sei, im öffentlichen Unterrichtswesen mitzusprechen. Nach dem Commissionsvorschlage sollen, wie Broglie der Kammer mitteilte, die vier Mitglieder, welche die Nationalversammlung wählten, gestrichen und die beiden Vertreter der Armee und der Marine nicht mehr durch die Nationalversammlung, sondern durch den Oberkriegsrath resp. Admiraltätsrat vorgeschlagen und vom Kriegs- resp. Marineminister ernannt werden.

Dem „Figaro“ schreibt sein Special- Correspondent aus Chislehurst: Es gehen der Kaiserin noch immer neue Beileids-Telegramme zu. Der Kaiser von Russland telegraphierte, daß er und die Czarin einen sehr großen Anteil an dem Schmerz der Kaiserin Eugenie nähmen und auf die himmlische Gnade hofften, daß sie die Kaiserin tröste.“ Das Telegramm des Kaisers Wilhelm sagt wörtlich: „Ich nehme Theil an dem Tode des Kaisers Napoleon.“

Dagegen schreibt dem „Gaulois“ sein Correspondent, Herr Francis Aubert, welcher den Leidtragenden von Chislehurst ungleich näher steht: „Lassen Sie sich ja kein Telegramm von europäischen Regenten und Regentinnen an die Kaiserin aufbinden und drucken Sie namentlich keines ab. Diese Schriftstücke sind Niemand mitgetheilt worden, und jede solche Publication wäre apokryph.“

#### Holland.

Hag, 15. Jan. Das amtliche Blatt, der „Staatscourant“, veröffentlicht die mit Belgien geschlossenen Verträge betrifft Kapitalströmung der dem Vertrage von 1842 erwähnten Rente von 400,000 fl., ferner betrifft Aufhebung der Bushalsteuer auf holländische, in Belgien eingeführte Spirituosen, endlich betrifft Concessionierung der Nord-Eisenbahngesellschaft wegen Benutzung niederländischen Gebiets zum Bau der Eisenbahn von Antwerpen nach Gladbach. (W. T.)

#### Italien.

Rom, 11. Jan. Augenblicklich erregen hier zwei Broschüren nicht geringes Aufsehen, weil man die Cardinale Patrizi und Panebianco, die teilswegs zu den liberalen Mitgliedern des heiligen Collegiums gehören, als ihre Verfasser nennt. Die erste dieser beiden Broschüren unter dem Titel: „Weder Wähler noch Gewählte“, will anscheinend eine Aussöhnung der Kirche mit den Staaten anbahnen. Wichtiger noch ist die zweite Schrift, „Die katholische Partei“ betitelt. Sie erkent offen an, daß sich das Papstthum mit dem italienischen Monarchen versöhnen müsse. Der Verfasser verhehlt nicht, daß er von einer hohen Person den Auftrag erhalten habe, das Werkchen zu verfassen, indem er hinzufügt, daß Pius IX. die Versöhnung nicht annehmen könne, weil er derjenige Papst sei, dem die temporale Gewalt geraubt worden sei und der feierlich erklärt habe, er wolle keine Versöhnung. Dagegen könne und müsse sein Nachfolger es thun; dieser könne eine versöhnliche Politik begleiten. Cardinal Panebianco, dem die Autorschaft dieses Schriftstücks zugeschrieben wird, ist bekanntlich das einzige Mitglied des Cardinals-Collegiums, welches Pius IX. vor Allen zum Nachfolger auf dem Stuhle Petri wünscht. Von anderer Seite behauptet man, das Ministerium selber habe jene beiden Broschüren im Umlauf gesetzt, um sie in der Frage der Versöhnung zwischen Staat und Kirche als Fühlhörner zu benutzen. — Das „Popolo di Torino“ bringt eine Nachricht, deren Authenticität wir von vornherein sehr entschieden in Frage stellen müssen. Der Papst sagt es, hat an den Kaiser Wilhelm in Folge des schlechten Einbrucks, den die Allocution in Berlin gemacht hat, ein Entschuldigungsschreiben gerichtet. Allerhöchst derselbe soll aber darauf noch gar nicht geantwortet haben. In Folge dessen soll Pius IX. den König von Bayern gebeten haben, als Vermittler aufzutreten, was dieser jedoch ablehnte.

— 14. Januar. Auf Befehl des Kriegsministers hat sich, dem amtlichen Blatte zufolge, der

General Piola-Caselli in Begleitung von drei Offizieren nach Chislehurst begeben, um die italienische Armee, deren oberster Chef der Kaiser Napoleon im Kriege von 1859 gewesen, bei dem Leichenbegängnisse derselben zu vertreten. (W. T.)

15. Januar. Für Napoleon wurde hier heute eine Todfeier abgehalten, bei welcher der Cardinal Bonaparte, sowie die übrigen anwesenden Angehörigen der Familie Bonaparte, die Mitglieder der Aristokratie und beide Häuser des Parlaments und eine große Anzahl von Privatpersonen zugegen waren. (W. T.)

#### Nußland.

Petersburg, 14. Januar. Mit Rücksicht auf die fortschreitende Genebung des Großfürsten Thronfolgers werden Bulletins nicht mehr ausgegeben.

Odessa, 14. Januar. Das hiesige Stadttheater ist heute Vormittag abgebrannt. Das Gebäude ist mit 150,000 Rubel, das Mobiliar mit 15,000 Rubel bei der russischen Versicherungsgesellschaft versichert. (W. T.)

#### rumänien.

Bukarest, 15. Jan. Wegen des Ablebens Napoleons ist eine fünfzehntägige Hoftrauer befohlen, in allen Kirchen des Landes wird heute ein feierlicher Trauergottesdienst für den Kaiser gekeirt. Auch die gesamte Tagespresse ohne Unterschied der politischen Parteistellung spricht ihre wärmste Anerkennung für den Verstorbenen, den Wohlthäter Rumäniens, aus. (W. T.)

#### Amerika.

New York, 14. Jan. Die Direction der Eisenbahngesellschaft hat die Emission von siebenprozentigen Bonds im Betrage von 10 Millionen Dollars zu Herstellung eines doppelten Geleises beschlossen. (W. T.)

#### Abgeordnetenhaus.

26. Sitzung am 15. Januar.

Antrag des Abg. Wegner (Dom-Syndicus in Posen): Die Regierung um Gründung einer Universität in der Stadt Posen, und zwar für beide Nationalitäten, zu ersuchen. — Abg. Wegner gibt eine geschickliche Darlegung der auf das bezeichnete Ziel gerichteten Bestrebungen und schließt: Die Antragsteller verlangen nur bei gleichen Pflichten auch gleiche Rechte für ihre Provinz und sind geistige und wissenschaftliche Bildung, das höchste Gut des Menschen, zu fordern gewiß berechtigt, zumal von einem Staat, der ja vorgänglich auf geistigem Wege zu seiner jetzigen Höhe und Macht emporgestiegen ist. Verhelfen Sie unsrer Heimat zu einer Wohlthat, die ihnen gesammten Interessen ohne Unterschied der Nationalität und des Glaubensbekenntnisses gerecht wird. (Beispiel bei den Polen.) —

Abg. v. Hennig: Früher wollten die Herren eine national-polnische Universität in Posen errichten. Gegenwärtig haben sich dieselben herbeigekommen, auch für die Deutschen nebenbei etwas zu thun. Daß kein einziges deutsches Mitglied aus Posen diesen Antrag unterzeichnet hat, giebt dem Antrag einen ganz eindrücklichen Charakter. Mir hat der Abg. Döring aus Posen Übergang zur Tagesordnung beantragt. Es fehlt zunächst schon an Lehrkräften. Hier in Berlin fehlt z. B. noch immer ein Docent für die slavischen Sprachen. Wenn die Herren sich in ihrer Muttersprache unterrichten wollen, mögen sie nach Breslau gehen, dort ist ein Docent der polnischen Sprache. Sie haben keinen Grund, eine Universität in der Provinz Posen zu errichten, außer aus national-polnischen Gründen. Es ist aber keine Veranlassung dazu, einen neuen Herd der Agitation in Posen zu errichten (Widerspruch bei den Polen). Die national-polnische Unterrichtsweise mag historisch sein, schön ist sie nicht. Ich will nur an den Fall im Gymnasium zu Trzemeszno erinnern, wo der größte Theil der Schüler sich am polnischen Aufstand beteiligte. Solche Schulen und gar Universitäten zu errichten, dafür kann ich nicht stimmen. — Cultusminister Dr. Fall: Es existiert ein Grund, der den Antrag zu einem durchaus unausführbaren macht; es fehlen für jetzt und — da hilft keine Schönfärberei — auch für einige Zeit noch die Lehrkräfte, um eine neue Universität zu gründen. Es gilt das namentlich von den Disciplinen der Theologie, des römischen Rechts, des Criminalrechts, des Kirchenrechts, ja auch der classischen Philologie. Ich bitte Sie nur, den Etat anzusehen, wie viel neue Professuren darin als absolut nothwendig bezeichnet sind. Nicht nur die Gründung der Universität Straßburg hat diese Verhältnisse herbeigeführt, wenn sie auch vorübergehend von wesentlichem Einfluß war. Von seinen frischesten Lehrkräften hat Preußen an Straßburg 13 Männer direct abgeben müssen, und indirect durch Besiegung anderswo in Deutschland evakuiert gewordener Stellen 4. Es ist eine meiner nächstliegenden Aufgaben, sorgfältig zu prüfen, wie dem segensreichen Institut der Privatdozenten aufzuuhzuhelfen sei. Aber alle diese und andere Mittel brauchen Zeit. Für jetzt wiederhole ich, daß dieser Umstand des Lehrermangels allein ausreicht, um den vorliegenden Antrag als unausführbar zu bezeichnen.

— Abg. Kantat: Wir verlangen ja die Universität nicht sofort, sondern sind zufrieden, wenn sie uns für später Zeit in Aussicht gestellt wird. Daß der Antrag berechtigt ist, dafür spricht, daß die Provinzialstände eine Petition eingebracht haben, daß der König den Antrag nicht abgelehnt, sondern nur zur Zeit zurückgewiesen hat; daß das Abgeordnetenhaus früher den Antrag der Regierung empfohlen hat. Wenn der Antrag nur polnische Unterdriften trägt, so ist das nicht unsere Schuld. Wir haben uns an die deutschen Abgeordneten der Provinz Posen gewendet, aber keine Unterstützung gefunden. Der Abg. v. Hennig sagt, der Antrag beschäftige sich mit Kleinlichkeiten (Widerspruch Seitens v. Hennig's). Für uns ist die wissenschaftliche Bildung niemals etwas Kleines; wir wünschen sie als einen ausgleichenden und verschönenden Vereinigungspunkt zwischen den Nationalitäten und erwarten diese Wirkung von einer Universität als einer Pflanzschule der Humanität. Es wäre auch sehr zu wünschen, daß die Deutschen einmal polnische Bildung kennen lernten, so gut wie indische und chinesische, denn in dieser Beziehung herrscht bei ihnen noch egyptische Finsternis. Will der Abg. v. Hennig die Universität in Posen durchaus als eine Vorbereitungsschule für Verschwörungen betrachten, so will ich gar kein Wort darauf erwiedern. Wenn er an das Gymnasium von Trzemeszno erinnerte, so haben nicht alle seine Schüler am Aufstand Theil genommen, sondern von 500 Schülern sind 40 über die Grenze gegangen, um einen Haufen Aufländischer zu begleiten und dann zurückgekehrt. — Abg. Witt (Posen): Es ist höchst unpractic mit den höchsten Instituten anzufangen;

das Fundament der Bildung liegt in der Elementar- und Gymnasialbildung und da bleibt der Regierung doch noch sehr viel zu thun übrig. Es fehlt seiner gerade in der Provinz Posen noch auf vielen anderen Gebieten: Eisenbahnen, Chausseen, Kanäle und Regulierung der Flüsse. Wir haben die Grundlage in der gesteigerten Elementar- und Gymnasialbildung; es wird auch die Zeit nicht fern sein, wo die Errichtung einer Universität für die Provinz Posen seitens der Regierung in Aussicht genommen wird. Ich kann mich also dem Antrage, die Sache an eine Commission zu verweisen, nur anschließen. — Abg. Windthorst (Münster): Das deutsche Reich hatte nach der Erwerbung von Elsaß und Lothringen nichts Eiligeres zu thun, als die Universität Straßburg zu gründen und das mit Recht. Wir sollten den Antrag unterstützen. Es braucht ja nicht eine vollständig eingerichtete Universität gegeben zu werden, sondern vielleicht erst die medizinische, dann die juristische Facultät. Ich bedaure, daß der Minister so категорisch war. Er hätte der Sache im Prinzip nicht entgegenzutreten brauchen. Was die Lehrkräfte betrifft, so hat es bis jetzt noch daran gefehlt und ich glaube, daß gerade die Errichtung dieser Universität die Lehrkräfte weden wird. Wenn man die klassischen Studien ein wenig mehr berücksichtigen und nicht den realistischen, wie es freilich der Materialismus der Zeit verlangt, überall den Vorzug geben wollte, so würde es an Lehrern nicht fehlen. Man sagt, die Leute könnten nach Breslau und Berlin gehen. Ja, das wäre ganz schön, wenn es den Eltern nicht zu viel Geld und Überwindung kostete, ihre Söhne nach fernern großen Städten zu schicken. — Cultusminister: Der Abg. Windthorst hat gemeint, daß der Abg. Witt meine Behauptung, daß es an Geld fehle, wiederholt habe. Ich bin erstaunt, daß etwas wiederholt werden kann, was gar nicht gesagt worden ist. Ich habe von Geld gar nicht gesprochen. Hierauf wird der Antrag der Abg. v. Hennig und Döring (Übergang zur Tagesordnung) angenommen.

Petitionen. Zahlreiche Versicherungsgesellschaften protestieren gegen die Heranziehung ihrer Agenten zur Hausratsteuer. Die Commission beantragt einstimmig, die Petitionen der Regierung zur Verabsichtigung zu überweisen. — Regierungs-Com. Rommel: Der Antrag beruht auf der Annahme, daß eine Anwendung der landesgesetzlichen Bestimmungen auf die Besteuerung des Hausratgewerbes den Bestimmungen der Bundes-Gewerbeordnung widerspreche; daß ferner im Bunde ein Hausratgewerbe nur der Besteuerung unterworfen werden könnte, wenn es sich nach Maßgabe des § 55 der Gewerbeordnung als ein Gewerbebetrieb im Herumziehen charakterisiere. Ferner wirkt das Gesetz des Reiches auf die einzelnen Staaten zurück. Nach den älteren preußischen Gesetzen war aber ein Gewerbebetrieb im Herumziehen überhaupt nicht gestattet, es wurde also auch kein Gewerbeschein ertheilt. Daraus, daß in Folge dessen das Hausratgewerbe nicht besteuert wurde, läßt sich noch nicht folgern, daß mit der Zulässigkeit dieses Erwerbsweises nur eine Steuerfreiheit eintreten müsse. Die Regierung hält bei der Meinung fest, daß der Beschwerde nur im Wege der Gesetzgebung abgehoben werden könnte. — Abg. Richter: Im Reichstag ist eine ähnliche Beschwerde ohne jede Discussion dem Reichskanzleramt zu Abhilfe überwiesen worden. Daß man das Agenturgewerbe als Hausratgewerbe charakterisiert, ist durch das Reichsgesetz ausdrücklich ausgeschlossen. Es liegt also hier ein Verstoß gegen die Gewerbeordnung vor; es handelt sich um die Schädigung eines nützlichen Gewerbes und es ist zu beklagen, daß die Regierung in einer so unwesentlichen Sache, bei der es doch auf wichtige Prinzipien ankommt, eine so fiskalische Neigung zeigt. — Geb.-Rath Rommel: Ich will nur bemerken, daß nicht fiskalische Neigungen die Regierung zu ihrem Verharren veranlaßt haben, sondern vielmehr die feste Überzeugung, daß diese Frage nur im Wege der Gesetzgebung geregelt werden könnte. — Abg. Braun (Waldburg): Der jetzige Zustand beruht nicht auf einem Gesetz, sondern auf einer Instruktion. Diese hat aber nicht befchloßen, diese Gewerbe zu besteuern. Nur im Bunde ein Hausratgewerbe ist durch das Gesetz als fiktiv bezeichnet, ist durch das Gesetz ausdrücklich ausgeschlossen. Es liegt also hier ein Verstoß gegen die Gewerbeordnung vor; es handelt sich um die Schädigung eines nützlichen Gewerbes und es ist zu beklagen, daß die Regierung in einer so unwesentlichen Sache, bei der es doch auf wichtige Prinzipien ankommt, eine so fiskalische Neigung zeigt. — Geb.-Rath Rommel: Ich will nur bemerken, daß nicht fiskalische Neigungen die Regierung zu ihrem Verharren veranlaßt haben, sondern vielmehr die feste Überzeugung, daß diese Frage nur im Wege der Gesetzgebung geregelt werden könnte. — Abg. Hahn: Die Reichsgesetzgebung hat die Bestimmung, daß jedes in Herumziehen betriebene Gewerbe zu besteuern sei, nicht befeitigt. Nur auf dem Wege der Gesetzgebung ist es möglich, die Wünsche der Petenten zu erfüllen und eine Collision zwischen Verwaltung und Justiz zu vermeiden. Darum empfiehlt ich Übergang zur Tagesordnung. — Abg. Jacoby (Liegnitz): Die Agenten sind gezwungen, um ihr Gewerbe zu betreiben, Reisen zu machen, aber ihr Gewerbe ist ein stehendes und wird nicht im Herumziehen betrieben, daher dürfen sie nicht zur Hausratsteuer herangezogen werden. — Abg. Braun (Waldburg): Um die Collision zwischen Verwaltung und Justiz zu beseitigen, ist es nicht nötig, den Weg der Gesetzgebung zu betreten. Läßt die Regierung ihre Instruction fallen, dann fallen damit auch alle entgegenstehenden Erkenntnisse. — Hierauf wird der Antrag der Commission angenommen.

Ein Bäckermeister Brandt zu Germersleben beschwert sich über den Pastor Bauerhorst, weil er seiner verstorbener Frau die ortsfeste Danksgabe nicht gewährt habe, und bittet zu befürworten, daß das Ministerium diesem eine solche nachträglich aufgebe. Die Commission beantragt Tagesordnung, während die Abg. Müller (Berlin) und Braun (Waldburg) Überweisung an die Regierung beantragen.

— Abg. Schmidt (Sagan): Das Verhalten des Geistlichen involviert eine Ehrenentzung und Beleidigung, es liegt ein Act der Kirchenzucht vor, zu welchem der Pastor nicht berechtigt war. — Abg. Strosser: Es ist mir unbegreiflich, wie man Dinge wie Kirchenzucht vor das Haus bringen kann. Von einer Kirchenzucht kann gar keine Rede sein, die Frau hat sich 20 Jahre hindurch von der Kirche gehalten und kann nicht nach ihrem Tode besondere Ehren von ihr fordern. — Abg. Müller (Berlin): Ein Staatsbürger ist in seiner Ehre verlegt und bittet uns um Hilfe — da ist es unsere Pflicht genau nachzuforschen, um womöglich zu helfen. Das Recht der Kirchenzucht kann Niemand in Abrede stellen, aber dieselbe fehlt eine Organisation und ein geordnetes Disziplinarverfahren vorans. Das aber gerade fehlt der evangelischen Kirche.

Der selbe Pastor, welcher die Kirchenzucht so streng gehabt, hat die Frau in ihrer Krankheit nicht ein einziges Mal besucht trotz wiederholter Bitten. Ein Bäckermeister Brandt zu Germersleben beschwert sich über den Pastor Bauerhorst, weil er seiner verstorbener Frau die ortsfeste Danksgabe nicht gewährt habe, und bittet zu befürworten, daß das Ministerium diesem eine solche nachträglich aufgebe. Die Commission beantragt Tagesordnung, während die Abg. Müller (Berlin) und Braun (Waldburg) Überweisung an die Regierung beantragen. — Abg. Müller (Berlin): Ein Staatsbürger ist in seiner Ehre verlegt und bittet uns um Hilfe — da ist es unsere Pflicht genau nachzuforschen, um womöglich zu helfen. Das Recht der Kirchenzucht kann Niemand in Abrede stellen, aber dieselbe fehlt eine Organisation und ein geordnetes Disziplinarverfahren vorans. Das aber gerade fehlt der evangelischen Kirche. Der selbe Pastor, welcher die Kirchenzucht so streng gehabt, hat die Frau in ihrer Krankheit nicht ein einziges Mal besucht trotz wiederholter Bitten.

Das Landrecht verbietet, daß die Kirchenzucht in eine Schädigung an Leib, Ehre oder Vermögen ausstehe. Hier scheint die Kirchenzucht ausgerichtet zu sein und wenn Sie unseren Antrag annehmen, geben Sie dem in seinem Innersten tief verlegten Mann das Vertrauen wieder, daß seine Ehre bei uns geschrägt ist und weisen zugleich darauf hin, daß die Kirchenzucht ihre Grenzen hat. Das Haus nimmt darauf den Antrag der Commission an.

Eine Anzahl von Petitionen, nebst einer Schrift: „Der diesjährige Eisgang und die Weichsel-Nogat-Regulirung“, sind aus 85 Ortschaften mit 1127 Unterschriften vom Gutsbesitzer Bertram in Elbing übergeben worden, mit dem Antrage, daß Haus wolle der Regierung empfehlen, daß sie die Ausführbarkeit des Projektes prüfen lassen möge: die Weichsel mittels Durchstechung der Nehrung in der Gegend des „Danziger Haupts“ in gerader Richtung in die Ostsee zu leiten, dagegen diejenigen 3 Arme der Weichsel, nämlich die Nogat, die Danziger und Elbinger Weichsel zu schließen. — Namens der vereinigten Commissionen für Petitionen und für Agrarverhältnisse motiviert Abg. Schellwitz den Antrag, diese Petitionen der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. — Abg. Phillips erklärt aus eigner Kenntnis der lokalen Verhältnisse die Ausführung des Projektes der Petitionen für höchst wünschenswert. Möge ein Techniker nach Holland geschickt werden, um sich die vissachen Erfahrungen zu Nutze zu machen, welche man dort auf dem Gebiete der Wasserbauten gewonnen hat. — Handelsminister: Die Regierung hat gegen die Anträge der beiden Commissionen durchaus nichts zu erinnern. Sie erkennt an, daß die betreffende Frage ungemein wichtig ist, sowohl für die Bewohner der Niederungen, als für die gesamte Schifffahrt auf der Weichsel, daß sie verdient, durch einen Techniker geprüft zu werden, welchen man auch um bessere Information will nach Holland schicken kann. — Der Antrag der Commission wird mit sehr großer Majorität angenommen.

Erste Beratung des 120 Millionen Eisenbahn-Anleihe. Gesetz. — Abg. Berger (Witten): Ich werde sehr gern die zur Vermehrung des Betriebsmaterials geforderten neuen Millionen bewilligen. Auch gegen den Bau der neuen Bahnhöfe und der Anlagen zweiter und dritter Classe wird sich kein erheblicher Einwand machen lassen. Die sechs kleineren Bahnen, für welche zusammen dreißig Millionen gefordert werden, halte ich für nothwendig. Nur halte ich es allerdings nicht für wohlgehan, daß die Vorlage von den elf preußischen Provinzen Pommern, Polen, Schlesien und Preußen ganz vernachlässigt, obgleich der Handelsminister voriges Jahr aus völlig freiem Antriebe die Linie Insterburg-Olszko-Lyd versprochen hat. Das Hauptgewicht der Vorlage liegt in der Linie Berlin-Wesel; ich halte es für eine unbedingte Nothwendigkeit, daß diese Bahn auf Staatskosten gebaut werde. Den östlichen und westlichen der Monarchie umspannt ein dichtes Netz von Staatsseisenbahnen, aber zwischen beiden existiert keine Verbindungslinie. Es gab eine Zeit, in welcher ein Anhänger der Staatsseisenbahnen als volkswirtschaftlicher Reactionär verschrien wurde; es war zur Zeit der höchsten Blüthe, der absoluten Herrschaft der Manchester-Schule. Seit 1867 deutet man anders. Wer eine Eisenbahn hat, hat ein staatsrechtliches Monopol und dann ist es doch besser, daß der Staat es exploitiert, als eine Privatfirma. (Sehr richtig!) Dr. Reichensperger sprach von Staatsomnipotenz; wenn ich wählen muß zwischen Staatsomnipotenz oder Staatenomnipotenz (Heiterkeit), so bin ich allerdings für erstere. Die Erträge der Eisenbahnen gehörten dem Staat und nicht einer eigenständigen Geldkarikatur (Beispiel). Mit der gestrigen Rede des Hrn. Lasker stimme ich völlig überein in dem, was er über die Zukunft des Eisenbahnwesens sagte; was die Fragen betrifft, welche er an den Handelsminister stellte, so bedaure ich, daß der Minister sie in keiner Weise befriedigend beantwortet hat. (Sehr richtig!) Er sagte uns nur, die von Hrn. Lasker bezeichneten Personen seien gerade mit ihm unzufrieden. Das mag sein; Pappett viert ein mangeant (Heiterkeit); die Leute mögen unzufrieden sein, weil sie nicht noch mehr bekommen. (Sehr gut!) Hr. Lasker hat gestern gefragt: Ja oder nein, ist es wahr, daß der Handelsminister in Herrn Strousberg einen aufgehenden Stern erblickt hat? Ist es wahr, daß der wirkliche geheime Oberregierungsrath, erster vortragender Rath im Staatsministerium, Herr Hermann Wagners (Heiterkeit), drei Eisenbahnconcessionen erhalten und eine davon gegen gutes, baares Geld verkauft hat? Ist es wahr, daß der Fürst zu Putbus und der Prinz Biron von Kurland mit Eisenbahnconcessionen Geschäfte gemacht haben? Im Interesse der Autorität der Staatsregierung muß auf seine Fragen geantwortet werden; das Land und wir haben das Recht, diese Antwort zu verlangen, um so mehr, als der Ministerpräsident und seine Collegen als das Gouvernement der ehrlichen Leute eingeführt hat. (Lebhafter Beifall.) Wenn ich nun frage: Wie schaffen wir Besserung? so sehe ich nur Rettung, wenn uns das Reich zu Hilfe kommt. Der Reichstag hat schon zweimal den Reichskanzler aufgefordert, ihm ein Gesetz über Eisenbahnwesen vorzulegen. Ich bezeichne breiter als absolut nothwendig, erstens daß, wie in der Schweiz, das Concessionswesen von den Particularstaaten auf den Bund übergeht, zweitens, daß die Aufsicht über den Betrieb der Bahnen einem besonderen General-Department übertragen und drittens, daß der Volksvertretung eine viel genauere Kontrolle zugestanden wird. Ich werde der Vorlage zustimmen, weil sie für das Land nützlich ist, aber eine wirkliche Besserung unserer Eisenbahnzustände sehe ich nur dann, wenn jene drei Forderungen erfüllt sind. (Lebhafter Beifall.) — Abg. v. Benda: Der vorliegende Entwurf ändert die Fehlerhaftigkeit des heutigen Bahnbauhafens in nichts, er ist nur eine neue Auslage von sehr zweifelhaften Verbesserungen. Über den Übergang zum ausschließlichen Staatsbahnsystem will ich gern diskutieren; ehe ich mich aber entscheide, muß ich wissen, welches System man adoptieren will, welche leitenden Grundsätze man dabei befolgt. Das Projekt der Moselbahn scheint mir in seinen Grundzügen noch so unentwickelt, daß die erforderlichen Gelder zu bewilligen ein colossales Vertrauensvotum für den Handelsminister bedeutet, welches ich nicht die Absicht habe ihm zu geben. Seit 10 Jahren habe ich die Politik unserer Eisenbahnverwaltung verfolgt, sie hat mir kein Bild eines harmonischen Zusammenwirkens gegeben, sondern nur ewiges Schwanken, Prin-

zipienlosigkeit ohne schöpferische Gedanken zeigt. Zuerst entschied sich der Minister für Staatsgarantien, dann für Generalentreprise, auf kurze Zeit huldigte er dem Gedanken des Baus mit Hilfe von Prämienanleihen, und da im Reichstage andere Grundsätze angenommen wurden, so haben wir ihn nun gestern erklären hören, daß die Staatsbahnen das Richtige seien. Sein alter Wahlspruch: „Ich nehme die Eisenbahnen, wo ich sie finde“ hat also nun mehr die unbedingten Anerkennung des Staatsbahnsystems Platz gemacht, in das wir mit allen Segeln hineinsteuern sollen. Die Abg. Lasker und Berger haben den Handelsminister über die Ertheilung gewisser Concessionen interpellirt, und meine eigenen Erfahrungen lassen mich vollkommen den beiden Rednern beitreten. Wir haben keine Antwort erhalten; dann muß man doch consequenter Weise die Vorlage ablehnen. Diesem Minister genehmige ich nicht ein Project, das wegen der beabsichtigten Verbindung des Osts mit dem Westen segensreich wirken kann, durch welches aber ein wenig selbstständiger Mann an der Spitze des Ministeriums jedem Druck der Finanzverwaltung zugänglich werden kann. — Reg. Com. Weichsel: Es sind hier gestern Namen genannt worden, um zu beweisen, daß die Regierung nach Gunst oder Ungunst verfährt. Strausberg war der Mann seiner Zeit (Gewiß! Heiterkeit). Als Staatsfonds nicht zur Disposition standen, als die Privatindustrie sich von den Eisenbahnen zurückgezogen hatte, erschien Strausberg; ihm schlügen die Herzen aller Provinzen entgegen, die bisher vergeblich auf Eisenbahnen gewartet hatten; er erkannte dies mit richtigem Blick, wandte sich an Kreise, Communen, Distrikte und forderte sie zu Opfern auf, die ihm im reichlichsten Maße zuflossen. Welche Veranlassung hatte die Regierung, in diesem Augenblick die geforderten Concessionen nicht zu ertheilen? Das System Strausberg beruhte auf Generalentreprise, es hat seine Thätigkeit noch überdauert, wird fortgesetzt von den Banken und den Finanzconsortien. Das sind die Strausbergs auf Aktionen. Was die Herren Wagener, Putbus und Biron betrifft, so sind ihnen selbst keine Concessionen ertheilt worden, sondern nur den Comités. Sie stellten sich an die Spitze derselben, bildeten Gesellschaften, zahlten die Cautionen, wurden in Handelsregister eingetragen, was konnte da die Staatsregierung aus den Namen der bei den Gründungen Beteiligten veranlassen, die Concessionen nicht zu ertheilen, wenn die Unternehmungen zweckmäßig waren? Welchen Gewinn die Herren von diesen Bahnen gehabt haben mögen, liegt auf der Hand. Weitere Concessionen sind an die Herren noch nicht ertheilt, besonders noch nicht die Concession einer Bahn Schneidemühl-Neustadt-Olszko-Lyd; es ist ihnen nur die Bewilligung zur Anfertigung der Vorarbeiten gegeben worden. Lage es in der Hand der Regierung, die Namen zu bestimmen, die an die Spitze solcher Unternehmungen stehen, so würde sie noch ganz andere Namen zu streichen (hört!). — Graf Isenpflis: Der Abg. Benda warf mir Prinzipienlosigkeit vor; mein Prinzip ist folgendes: die großen Bahnen soll der Staat bauen, die Nebenbahnen die Provinzen, und danach habe ich gehandelt. Kommt nun ein Comité mit einem Geschäftsführer, der Wagener heißt, und schlägt eine nützliche Bahn vor, stellt die gesetzliche Caution und weiß das Geld nach, so kann ich doch nicht deshalb eine nützliche Bahn verweigern, weil ich auch Dr. Wagener mitspricht. Oder soll ich etwa deshalb eine nützliche Bahn, wie die von Berlin nach Stalund verweigern, weil Fürst Putbus sich der Sache annimmt? Prinz Biron ferner hat dazu geholfen, daß die Dels-Wartenberger Bahn bis an die russische Grenze gebaut wurde; das war eminent wünschenswerth und nützlich, damit die urale Handelsstraße von Warschau nach Breslau erhalten blieb. Fusionen sind erlaubt, wenn eine Bahn die Fortsetzung der andern ist; sie sind aber nicht erlaubt, wollen sie nur die vorhandene Konkurrenz vermeiden. Ich will dem Lande möglichst viele Eisenbahnen verschaffen, die soliden Neubauten fördern und die zurückhalten, denen mehr persönliche als fachliche Gründe unterzuliegen scheinen. Im Allgemeinen kann ich nur bitten, solche Generalfragen nicht so gelegentlich bei diesem speziellen Gesetz zur Diskussion zu bringen, sondern erledigen Sie dieselben lieber durch selbstständige Anträge. Hier handelt es sich doch eigentlich nur darum, 120 Millionen für nützliche Staatsbahnen zu geben. (Beifall.) — Persönlich Abg. Lasker: Auf die letzte Rede des Handelsministers kann ich heute nicht mehr erwidern, sondern werde meine Commentare dazu bei der Verhandlung über die Eisenbahnverwaltung machen. Dem Abg. Berger gegenüber wiederhol ich, daß ich gestern den Schwerpunkt darauf legte, daß ein Königlicher Rath im Ministerium, Herr Wagners, wiederholt Concessionen erhalten hat, deren eine er gegen Entgelt verwerthet hat (hört!), und daß ebenso Fürst Putbus und Prinz Biron die vom Ministerium erhaltenen Concessionen zu Geldgeschäften benutzt haben. Ich behalte mir vor, dem Handelsminister Rede gegen Rede zu stehen. — Graf Isenpflis: Ich erwähne darauf, daß mir diese genannten Thatsachen unbekannt sind. — Das Haus beschließt, die Vorlage an die Commission für die Eisenbahn-Commissionate zu überweisen. — Nächste Sitzung Donnerstag.

### Danzig, den 16. Januar.

II. Von den Handelsvorständen unserer Provinz ist mehrfach die Vermehrung der deutschen Consulate in Polen und Binnenplänen Russlands in Anregung gebracht worden. Auf ein desfalls auch vom Herrn Oberpräsidenten befürwortetes Gesuch des Vorsteher-Amtes der hiesigen Kaufmannschaft, sowie der Handelskammer zu Thorn im Winter 1869/70 wurde damals vom Bundeskanzler erwähnt, daß die Angelegenheit schon mehrfach in Erwähnung gezogen und nur aus dem Grunde nicht zur Ausführung gelommen sei, weil die Kaiserl. russ. Regierung wiederholt zu erkennen gegeben habe, daß sie Anstand nehmen müsse, fremden Consuln in solchen Binnenplänen des russischen Reiches, wo Consuln noch nicht bestehen, das Esequatur zu ertheilen. Neuerdings scheint aber die Angelegenheit sich besser zu gestalten. Denn wie dem Vorsteher-Amt hiesiger Kaufmannschaft vom Herrn Oberpräsidenten mitgetheilt ist, besteht seit dem 1. d. M. in Kowno ein deutsches Consulat. Zum Consul ist der bisherige Polizeirath Szczesny in Cydthuken ernannt worden.

\* Dem Präsidenten der hiesigen Königl. Regierung, Hrn. v. Diek, ist die Erlaubnis zur Anlegung des ihm vom russischen Kaiser verliehenen St. Stanislausordens 2. Klasse mit dem Stern ertheilt worden.

\* Die zweite Soirée für Kammermusik der Herrn Markull, Laade und Merdel wird am Sonnabend den 25. Januar im Hotel du Nord stattfinden. Als Novitäten kommt darin u. a. das C-moll-Trio von Joachim Raff (op. 102) zur Aufführung.

\* Der Handelsminister hat den K. Eisenbahndirektionen mitgetheilt, daß vom königlichen Dienstbetriebe der Staatsseisenbahnen genehmigt worden sind. Danach dürfen weibliche Personen beim Billerverkauf, bei der Gepäckexpedition und im Bahntelegraphendienst Verwendung finden. Staatsmäßige Dienststellen dürfen aber nur dann auf Frauen übertragen werden, wenn qualifizierte Militär-Armärter nicht vorhanden sind.

\* Mit Bezug auf die in neuerer Zeit wiederholt erörterte Frage wegen des Fortfalls der Begleitbriefe zu den gewöhnlichen Paketen hat das General-Postamt für die Beamten der Postverwaltung folgende Preis-Aufgabe gestellt: „In welcher Weise ist das Paketverkehr zu organisieren, wenn die Aroordnung getroffen wird, daß die gewöhnlichen Pakete des internen Verkehrs ohne Beigabe besonderer Begleitbriefe oder Begleitabzeichen zur Post zu liefern sind?“ Die Ausarbeitungen müssen bis Ende Februar d. J. an das Directorial-Bureau des General-Postamts eingestellt werden; die ausgeleierten Preise bestehen in 100 Thlr. für die beste und in 60 Thlr. für die zweitbeste Arbeit.

\* Wegen Auswanderung vor abgeleisteter Militärfreiheit werden wieder 636 Personen aus Westpreußen stücklich verfolgt und zwar von der Ge-

richtsdeputation zu Liegenhof 175, von dem Gericht zu Br. Stargardt 235, von dem zu Culm 163 und von der Deputation zu Löbau 63.

\* Gestern tagte hier der Verein der Glas- und industriellen Belegschafts-Versammlung der gegenseitigen Interessen und Feststellung der zu berechnenden Preise, den seijigenen enormen Preisen für Hob- und Schmelzmaterialien, so wie den hohen Arbeitslohn gegenüber.

\* In der gestern mitgetheilten Uebersicht der Betriebsnahmen der Danziger Eisenbahn pro Dezbr. 1872 war in der Rubrik „sonstige Einnahmen“ ein Minus von 17,907 fl vermerkt; dieses erklärt sich, wie wir heute in der „Ost.“ lesen, aus den geringeren Einnahmen an Wagenmieten.

\* [Politzeisches.] Vor einigen Tagen wurde aus der 2 Treppen hoch gelegenen Küche eines Hauses in der Sandgrube mittels Einschleichen ein messingener Mörser mit Keule gestohlen. Heute wurde nur der Mörser in einem Pfandleihgeschäft für 25 fl versteckt vorgefunden, und als die Diebin die bereits mehrfach bestraft unverehelichte Bertha Muß ermittelt und verhaftet. Einem biesigen Schlossermeister wurde seit langerer Zeit aus seiner Werkstatt verschiedene Werkzeug gestohlen, ohne daß er Jemanden des Diebstahls belädtigen konnte. Gestern ist nun ermittelt, daß diese Diebstähle einer der bei ihm arbeitenden Gesellen ausgeführt und das gestohlene Werkzeug im Werthe von 15 fl bei einem Bekannten niedergelegt hatte, um es, da er sich in der nächsten Zeit auf dem Lande etablieren wollte, für sich zu verwenden.

\* (Traject über die Weichsel.) Nach der auf dem Bahnhof der lgl. Ostbahn ausgebürgten Tafel.] Terespol-Culm: per fliegerische Fähre. Warlubien-Graudenz: per Kahn bei Tag und Nacht. Czerwinski-Marienwerder: per Kahn und Kahn bei Tag und Nacht.

\* Der Wasserstand der Weichsel bei der Plehendorfer Schleuse war gestern Mittag, bei westlicher Richtung des Windes, 12 Fuß 4 Zoll, später 11 Fuß 9 Zoll. — Pełkauer Wachtbude, 15. Jan. Starke Eisgang; Wasserstand 14 Fuß 2 Zoll. — Eschenkrug, 15. Jan. Weichsel eisfrei; Wasserstand 16 Fuß 7 Zoll.

\* Pr. Stargardt, 15. Jan. Es wird hier vielfach bedauert, daß der gestrige Kreistag den Antrag, eine zu wählende Commission mit dem Auftrag zu betrauen, einem späteren Kreistage vorbrachte auf Bewilligung von Kreisräumen zu Wegebelehrungen zu machen, verworfen hat. Durch diesen Vorschlag sollte eine Ermächtigung der den Einzelnen obliegenden Wegebelehrungen verpflichtend angehoben werden. Wenn unsere Landwege nicht in ihrem heutigen Zustand unfaßbar bleibend belassen werden sollen, so wird nur nichts übrig bleiben, als von den einzelnen Verpflichteten die bedeutenden Opfer zu verlangen, welche die Bestimmungen des Wege-Reglements vom 4. Mai 1796 denselben auferlegen.

— Marienburg, 16. Jan. Der Eisgang ist nunmehr vollständig vorüber; gestern den ganzen Nachmittag kam das sogenannte polnische Eis sehr full und ohne den geringsten Schaden anzurichten die Nogat herunter.

\* Pillau, 15. Jan. Zum Weiterbau der hiesigen Molen resp. zu einem Petroleumshafen sind, gutem Vernehmen nach, von dem Handelsminister 200,000 fl bewilligt worden.

— Am 12. d. wurden in einer abermaligen Versammlung sämmtlicher ostpreußischer Mitglieder des Abgeordnetenhaus, die früher gefassten Beschlüsse in Bezug auf die Eisenbahnlinie Insterburg-Darkehmen-Goldap-Olszko-Lyd aufrecht erhalten. (Bekanntlich handelt es sich nur um Errichtung einer sogenannten Secundären Bahn.) Eine Commission ist ernannt worden, bestehend aus den Abg. Dr. Bender (zugleich Vorsteher der freien Commission), Donalles, v. Portatius, Zarz und Schubert, welche den Antrag zu formulieren und im Hause einzubringen hat.

— Wie der „B. B. C.“ erfaßt, hat der Handelsminister über den Bau der Tilsit-Memeler Eisenbahn noch kürzlich die bestimmtste Zusicherung gegeben, daß die Bahn im Herbst dieses Jahres eröffnet werden solle, obwohl die Brücke über den Memel kaum im Laufe des nächsten Jahres wird vollendet werden können.

Bromberg, 15. Jan. Am Sonntag hatte die hiesige Eisenbahn-Commission für Stadt und Kreis im Verbande mit der des Coni-Tucheler Kreises und der Städte Crone und Tuchel eine Verhandlung zu Poin-Crone. Es handelt sich um die Eisenbahn-Linie von Stolp über Coni, Bromberg-Gnesen nach Dels, zum Anschluß an die schlesischen Bahnen, zur Aufschließung der betreffenden Hinterländer, zur Verbindung dieser mit bereits vorhandenen Bahnen, und endlich zur Abbkürzung der Linie von der Orla bis zu den schlesischen exz. und tholzenischen Gegenden. Verhlossen wurde: zunächst unsere Abgeordneten zu ersuchen, daß wirne wirken zu wollen, daß von der 120 Millionen-Eisenbahn-Anleihe eine Summe für die oben beschriebene Bahn hergegeben werde. Falls aber der Staat nicht gewillt sein sollte, den Ausbau dieser Bahn zu übernehmen, eine Staats-Subvention für dieselbe wenn möglich durch Zinsgarantie zu ermöglichen. Für diese Eventualität wurde eine Deputation gewählt, welche den Auftrag übernommen hat, in dieser wie in jeder anderen Richtung mit der Direction der Oberdirektionen und im Falle der Ablehnung mit anderen bestehenden Eisenbahn-Gesellschaften in Verhandlung zu treten, deren Bedingungen und Vorbrüche entgegen zu nehmen und das Zustandekommen der Bahn durch Schriftwechsel und persönliche Verhandlungen nachdrücklich zu fördern.

(Brb. 3.)

### Zuschrift an die Redaction.

In der Mittwoch-Abend-Nummer Ihrer Zeitung wird unter „Politzeisches“ über vier Diebstähle berichtet, bei denen fünf Personen beteiligt sind, aber nur von einer dieser fünf Personen geschleift der Religion Erwähnung, indem bemerkt wird, daß der „Jude“ Lehmann der Dieb war, während die Religion der andern

vier Personen nicht angegeben wird. Eine solche Zurücksetzung der andern Confessionen ist nicht hübsch, zumal bei dem jetzt überall herrschenden Streben nach Gleichberechtigung und ich möchte Ihnen daher vorstellen, in Zukunft zu berichten, daß der Christ S. der Jude Lehmann, die Christen Bölk, Brunath, Ring v. als die Diebe ermittelt worden sind. Dann liefern Ihre Berichte zugleich ein recht interessantes statistisches Material, aus dem die Belehrung der verschiedenen Confessionen an Diebstählen und sonstigen Verbrechen zu ersehen ist. D.

Wenn der Herr Einsender die Polizeinotiz in der gestrigen Abendnummer d. J. noch einmal ruhig lesen wollte, würde er finden, daß in derselben von der Religion bei keinem der darin genannten Diebe gesprochen wird. Es hieß in der Mitteilung, nach Erwähnung des Diebstahls, wörtlich: „und fiel der Verdacht des Diebstahls auf einen Juden, der in den Häusern umhergeht, um Hasenfelle zu kaufen.“ Derselbe wurde gestern in der Person des Handelsmanns Baruch Lehmann ermittelt.“ Das hat nur heißen sollen, und ist wohl von den meisten Lesern nicht anders verstanden worden, daß die Bestohlenen die von ihnen verbürgten, ihnen übrigens unbekannte Person als von südl. Typus — die Religion läßt sich bekanntlich einem Menschen nicht ansehen — bezeichnet haben. Wie durch die Mitteilung dieser Thatsache die Gleichberechtigung der Confessionen verletzt sein soll, entzieht sich völlig unserem Fassungsvermögen. — Zu der gebässigen Impunitation der Intoleranz, welche aus obiger Bulle deutlich hervorleuchtet, hat die Danziger Zeitung niemals die geringste Veranlassung gegeben. Die Redaction.

### Börsen-Depesche der Danziger Zeitung.

Berlin, 16. Januar. Angelommen 4 Uhr — Min.

	Cr. v. 15.	Cr. v. 15.
Weizen Jan.	81 1/2	81 1/2
April-Mai	82 2/8	82 2/8
Mai-Juni	82 1/2	82 1/2
Rogg. matter	57 1/2	58
Juli	56 1/2	56
August	55 1/2	56
Petroleum	144 1/2	144 1/2
Jan. 200fl.	144 1/2	144 1/2
Rübbl. loco	22 1/2	22 1/2
Spiritus	18 11</	

Freitags-Gemeinde.  
Gemeindeversammlung Freitag, den  
17. d. M., Abends 7 Uhr, im Saale des  
Gewerbehauens: Vortrag des Herrn Prediger  
Höckner über "die Auflösung des Jesuiten-  
ordens i. J. 1773." — Gemeindeangelegen-  
heiten. — Der Zutritt ist jedem gestattet.  
Die Verlobung unserer Tochter Johanna  
mit dem Kaufmann Herrn Adolf  
Grünbaum-Otelsburg erlauben wir uns  
Freunden und Bekannten statt jeder besonderen  
Mittheilung hierzu ergebnst anzudeuten.  
Dt. Eylau, 15. Januar 1873.

Joseph Reich und Frau.  
Johanna Reich,  
Adolph Grünbaum,  
Brüder.

Dt. Eylau. Ortelburg.

Die am heutigen Tage vollzogene  
Verlobung unserer Tochter Antonie  
mit dem Königl. Hauptmann und  
Compagnie-Chef im Ostpreuss. Fuß-  
Artillerie-Regiment No. 1 Herrn  
Anton Regel beeindruckt uns ganz  
ergebenst anzugeben.

Danzig, 16. Januar 1873.

M. Nadolny und Frau.

Meine am heutigen Tage vollzogene  
Verlobung mit Fräulein Antonie,  
Tochter des Herrn Rentier, früheren  
Gutsbesitzers M. Nadolny, beeindruckt  
mich ganz ergebenst anzugeben.

Danzig, 16. Januar 1873.

M. Nadolny und Frau.

Die Verlobung ihrer Tochter Clara  
mit dem Kaufmann Herrn August  
Franzius in Bremen zeigen an  
Streckfuß und Frau.  
Poriatel im Januar 1873.

Verpätet.

Am 7. Januar 1873 starb zu Schwerin  
mein innig geliebter Bruder, der Major  
und Abteilungs-Commandeur im schleswig-  
holsteinischen Artillerie-Regiment No. 9.

A. v. Rosenzweig,

nach viermonatlicher Krankheit in seinem

45. Lebensjahr.

Um stille Theilnahme bittet die tief be-  
trüste Schwester

Rosse v. Rosenzweig.

Danzig, den 16. Januar 1873.

Glaubensbekennniss

sines modernen Naturforschers. 5 Jhr.  
Vorrätig in allen Buchhandlungen.  
Verlag v. Elwin Staudt in Berlin.

Bei F. Berggold in Berlin sind er-  
schienen:  
*Novissimae epistolae  
obscurorum virorum.*  
— quamquam ridentem dicere verum  
quid vetat? Horatius.  
1869. Preis 10 Sh.

Die ersten historischen  
Umgestaltungen des  
Christenthumes  
von Athanase Coquerel.  
Ecclæsia indiget reformatione.  
Savonarola.  
1870. Preis 20 Sh.

Auction  
in Fischerhafte  
(Danziger Neustadt).

Montag, 27. u. Dienstag, 28. Jan.,  
Vormittags Punkt 10 Uhr,  
werde id. zu Fischerhafte bei dem Hofbesitzer  
Herrn August Klaassen wegen Aufgabe der  
Wirtschaft an den Meistbietenden verlaufen:

23 Pferde, 5 Jährlinge, 1 Schafe,  
15 Kühe, 1 Bullen, 4 Kalber, 4  
Schweine, 3 Schafe, 1 Pferd, 1  
2 Verdeck, 1 Jagd, 1 Stuhl, 1  
Kasten, 1 Kinder, 4 gr. Ernte- und  
2 Scharwerkswagen, 1 russischen Fa-  
villen, 2 Jagd, 2 Kästen, 1 Kinder,  
4 gr. Holz, und 2 kleine Schlitten,  
5 Pfütze, 3 Paar Eisen, Ecken, 2  
Sandalen, 1 Rahmen, 1 Erdwalze,  
1 Häuser, 1 Dreschmaschine mit Roh-  
werk und Schäffer, 1 Hächselmaschine,  
1 Rübenschneidemaschine, 1 Winde,  
1 Getreidekarte, 1 Kiste mit Zubehör,  
1 Rapsätemaschine, 7 Flachsbroch n.  
1 Paar elegante Kummelgewirre mit  
Zubehör, 3 Paar Spajer, 4 Gelpann  
led. Arbeits- und 1 Geppann hanfene  
Geschirre, 2 Reit, 6 Arbeitsstühle,  
Ketten, Axle, Belte, Säulen, Harfen,  
1 Holzslade, 1 Hobelbank mit Hand-  
werkzeug, Nutz- und Schirholz, Ge-  
treidelade, 2 Rapspläne, 2 Badtröge,  
Forden, Spaten u. Schläger, 1 Partie  
Büden u. Wägle. Ferner: 9 diverse  
Betttäfel, 12 Rohr, 8 Polsterstühle,  
5 Spiegel, 1 Vorhäng, 16 diverse  
Tische, 2 Kleider, 1 Edwischewind,  
1 Wasch, 1 Blumentisch, 1 Blumen-  
tritt, 6 Gartenbänke, mehrere Sach-  
herrschaftliche und Gefünderkeiten, so-  
wie verschiedene Haush. Küchen- und  
Wirtschaftsgeräte.

Den Zahlungs-Termin erfahren die mit  
bekannten Käufer bei der Auction. Unbekannte  
zahlen sofort.

Janzen,

Auctionator, Breitgasse 4,  
vorm. Joh. Jac. Wagner.

Neugten Schweizer, Holländischen  
Süßmilch-, Tilsiter Sahnen- und  
Edamer Käse in bester Waare empfiehlt  
und empfiehlt bei ganzen Käsen und  
ausgewogen zu den billigsten Preisen

Robert Hoppe.

Breitgasse 17.

Ein deutsches Haus in

## Zweite Soirée für Kammermusik

Sonnabend, den 25. Januar c.,  
im Hôtel du Nord.

F. W. Markull. Fr. Laade. J. Merckel.

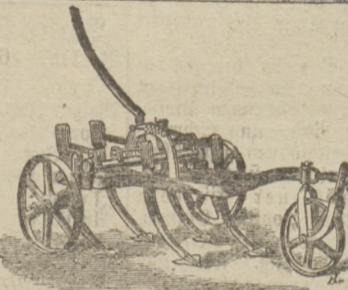
## Hypotheken-Capitalien,

auf städtische und ländliche Grundstüde (kündbar und unkündbar) begiebt  
die General-Agentur

Rodeck & Krosch,

Danzig, Breitgasse 16.

(2014)



## Coleman & Morton's Patent-Preis-Cultivatoren.

Außerordentlich wirksam zum Be-  
schälen, Grubbern etc., wie hart auch der  
Boden sein mag. Vermittelst der verschiedenen  
Sorten Scharen wird ein und dasselbe Gerät  
jegliche Art von Arbeit verrichten, für welche ein  
Cultivator, Grubber und Krümmer erforderlich sein würde und zwar auf viel vollkom-  
mene Weise. Leichte Stellung in jeder beliebigen Tiefe von  $\frac{1}{2}$  bis 16 Zoll; vorzügliches  
Material.

Wir erlauben uns, denjenigen Herren Landwirthen, welche die Anschaffung von  
Cultivatoren, Grubbern etc., zu empfehlen, uns ihre Aufträge schon  
jetzt zu lassen, da wir bei den zahlreich eingehenden Bestellungen in die Lage  
kommen könnten, spätere Aufträge zurückweisen zu müssen.

Cultivatoren für leichten, gemischten und schweren Boden halten vorrätig auf  
unsern Niederlagen engl. landw. Maschinen u. Geräthe in Stettin  
und Danzig.

(2040)

## Schütt & Ahrens,

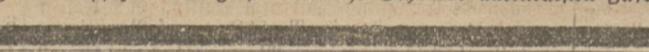
Stettin und Danzig.

## Pätzl & Co.,

67. Langgasse 67, Ecke der Portehaisengasse,  
Seidenband-, Blumen-, Tüll- und Spitzen-Lager,  
en gros et en détail,  
empfehlen zur

## Ball-Saison

Coiffüren, Monturen, Sträuche und Arrangements, confectionirte Schärpen und  
Schärpenbänder in großer Auswahl vom einfachsten bis hochfeinsten Genre.  
Ferner empfehlen eine große Auswahl Schleier allerneuesten Fasons.



## Herren-, Damen- und Kinder-Stiefel

empfiehlt in großer und geschmackvoller Auswahl  
das Schuh- und Stiefel-Lager von

Jopeng. 26. L. H. Schneider, Jopeng. 26.

Mein Lager von weißem u. rothem  
Portwein, Sherry, Madeira,  
rothen und weißen Bordeaux-Weinen,  
sühem und herben Ungar, Rheinwein,  
rothem Ungar (Blume von Böslan),  
seinem Rum, Arac, und Cognac, seinem  
Burgunder-Punsch, Rum-Punsch-Essenz  
und schwedischem Punsch empfiehlt bei  
anerkannt reeller Waare zu den billig-  
sten Preisen

## Robert Hoppe,

Breitgasse 17.

Von echtem Champagner  
feinster Qualität, offerire  
vorzüglich folgende Marken:  
Ay supérieure Qualité,  
Carte noire,  
Carte blanche

billigst.

## Robert Hoppe,

Breitgasse.

Besten Weberschen Leichnig in an-  
erkannt guter Qualität empfiehlt

## Robert Hoppe.

Wirs- und Himbeersaft in kleinen  
und grüner Flaschen empfiehlt

## Robert Hoppe,

Breitgasse 17.

Gegen den Husten empfiehlt:

Bruststärk. Kräuter-Caramellen,  
Bayrischen Malzzucker,

Malz- und Rettigbonbons von  
Theod. Hildebrand und Sohn in

Berlin.

C. W. H. Schubert,

Hundegasse 15.

Ein deutsches Haus in

Brüssel empfiehlt sich zum Einkauf von

Walzeisen und Blechen

belgischen Fabrikats.

Briefe unter G. E. No. 278 besorgt die

Auction-Expedition von Wilhelm

Thiens in Elberfeld.

Robert Hoppe.

Breitgasse 17.

## Strohhütte

zur Wäsche nach

Berlin

befördert

Auguste Becker,

Langgasse No. 17, 1. Etage.

Die neuesten Fasons liegen zur

geselligen Ansicht.

## Stroh-Hütte

befördert zur Wäsche und zum Mo-

dernisieren nach Berlin

Caecilia Wahlberg,

8. Wollmebergasse 8.

Neue Fasons liegen zur geselligen Ansicht.

## In der Handelsgärtnerei

Sandgrube No. 21,

werden Bouquets und Kränze aller Art sauber

und billig angefertigt. Eine große Auswahl

blühender Töpfe, als Azalien, schöne gefüllte

Sorten, Hyacinthen u.c. empfiehlt ich einem

hochgeehrten Publikum Danzigs zur gütigen

Beachtung.

J. L. Schaefer.

Starles Fensterglas, dicke Dachsfäden,

Glasdachsfäden, Schaukasten-

Gläser, farbiges Glas, Goldleisten,

Siegel und Glas- und Diamantene empfiehlt

die Glashandlung v. Ferdinand Kornelius

Hundegasse 18. (5980)

## Ball-Coiffüren.

Die erwarteten Pariser Coiffüren

in neuen Formen sind eingetroffen.

A. Zimmermann.

## Violinsaiten,

nach dem Urtheil des Herrn Musi-

director Laade von vorzüglicher Qualität,

fährt fortan

Th. Eisenhauer,

Langgasse 40.

Besitzungen

in Ost- und Westpreußen von circa  
150 bis 500 Morgen preuß., welche  
sich zum Parzelliren eignen, werden  
gefucht. Erfällige Anmeldungen wer-  
den fröhlich unter der Adresse B. L.  
Zoppot bei Danzig poste restante  
erbeten.

Ein Vertilo, ein mahagoni Fügel, Damens-  
schreibstif, Spiegel und Regulator  
sind zu verkaufen Serbergasse No. 4, zwei  
Treppen hoch.

Ein großes photographisches Atelier in  
wegen Aufgabe des Geschäftes billig  
zum Abriss zu verkaufen; desgl. sämtliche  
zur Photographie gehörige Apparate, Utensili-  
en u. c. werden auch einzeln billig abgegeben.  
Ges. Offerte unter No. 1478 in der Exped.  
dieser Zeitung.

Ein Grundstück, möglichst gute Lage, wird  
zu kaufen gefucht durch

Schulz, Fleischergasse 47.

Eine gut erhaltene alte Decimalwaage,  
von circa 10 Cr. Tragkraft, wird  
billig zu kaufen gefucht. Adressen mit Preis-  
angabe werden in der Exped. dieser Zeitung  
unter 2046 erbeten.

Ein sehr rentables Materialgeschäft, ver-  
bunden mit einer sehr frequentirten  
Restoration, im besten Stadttheile Danzigs  
gelegen, ist Ortsveränderung halber zu ver-  
kaufen. Zur Übernahme der Ladeneinrich-  
tung event. Utensili und Waaren sind  
1500 bis 2000 R. erforderlich und kann  
auch von genannter Summe ein Theil ge-  
stundet werden. Das das Geschäft rentabel  
ist durch Bücher nachzuweisen. Näheres bei  
J. R. Woydelko, Breitgasse 43, 1 Cr.

10,000 Thlr. in geth. Post. auf  
Fleischergasse 14, part.

25,000 Thlr. werden z. 1. Stelle  
v. b. ges. Theil, w. angenommen. Land-  
schaft. Tax 5